

Harter Schlag gegen Alstom Schweiz

Zahl der offiziellen Entlassungen von 1300 auf 900 verringert – GE verspricht neue Stellen

Von Ruedi Mäder

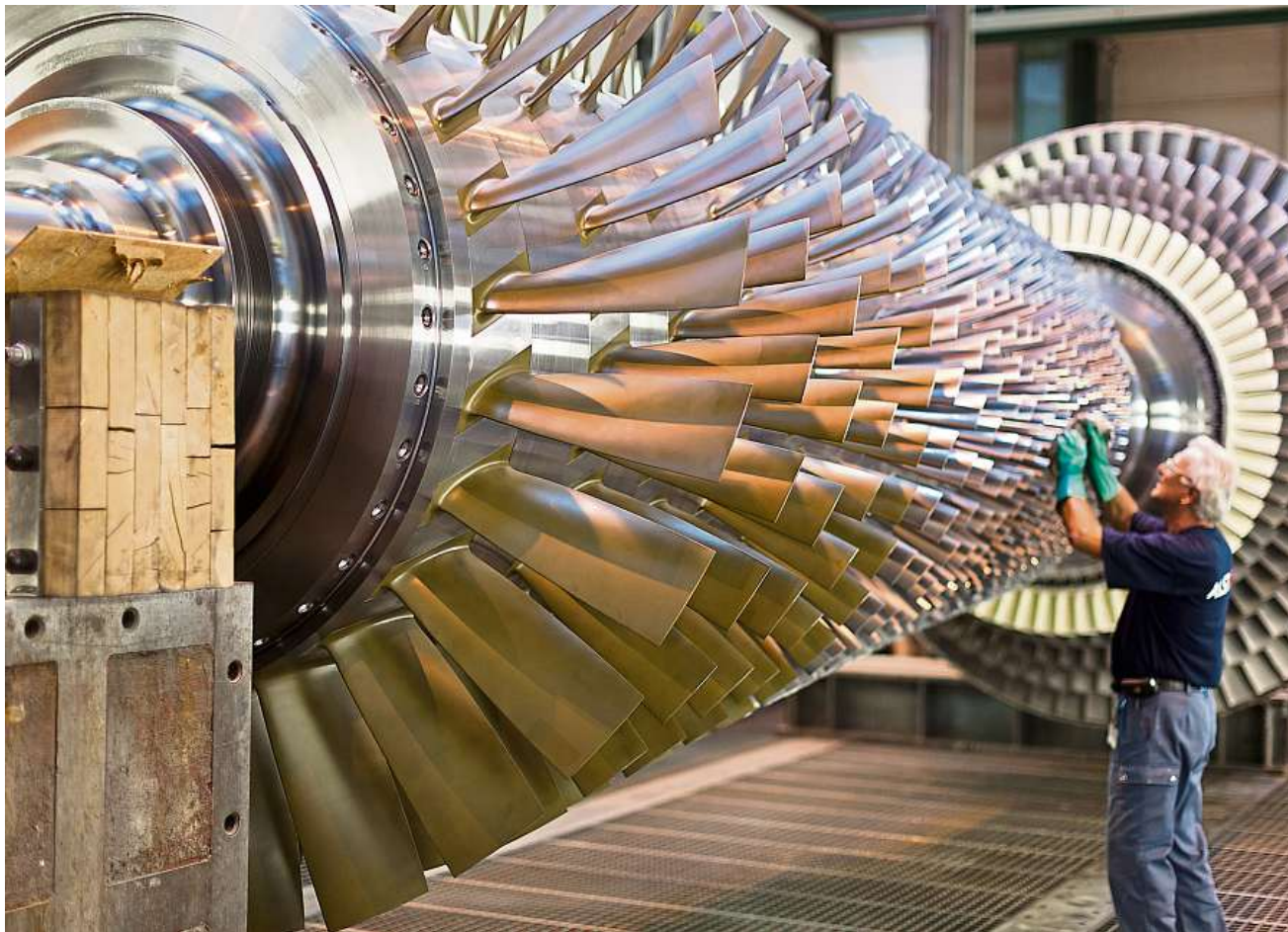
Baden. Zumindest in dieser Hinsicht hat die Schweizer Landesgesellschaft von Alstom die Nase vorn: Die Schweiz ist das erste Land, in dem die Konsultationsgespräche abgeschlossen wurden. Mitte Januar 2016 hatte der US-Konzern General Electric (GE) angekündigt, die Industriesparte von Alstom in Europa zu schröpfen, um «Schwächen bei der Wettbewerbsfähigkeit» zu lösen. Von damals rund 35 000 Arbeitsplätzen werde man 6500 Stellen streichen, dies auf mehrere Länder verteilt.

In der Schweiz wird die Restrukturierung zwar glimpflicher ausfallen, als ursprünglich angekündigt, aber auch so noch hart. Nach neuer Lesart «werden keine Standorte in der Schweiz geschlossen». Man habe in konstruktiven Konsultationen Möglichkeiten gefunden, «um die aus der erforderlichen Restrukturierung resultierenden sozialen Auswirkungen abzuschwächen», gab das Unternehmen per Medienmitteilung bekannt. Konkret: Die Zahl potenzieller Entlassungen wurde von 1300 auf 900 verringert. Zum Zweiten werde GE bis Ende 2017 im Geschäftsbereich Power Services «über 170» neue Arbeitsplätze schaffen.

GE bekräftigte, sie wolle in der Schweiz «eine bedeutende und langfristige Präsenz» aufrechterhalten. GE habe bereits die globalen Hauptsitze von Power Services und Steam Power Systems in Baden angesiedelt. Auch werde man «einen bedeutenden Schweizer Engineering-Bereich für zukünftige Technologien aufrechterhalten».

Keine volle Transparenz

Im Rahmen einer Telefonkonferenz nahm Michael Rechsteiner, Business Leader von GE Switzerland, zu Anschlussfragen Stellung, wobei er allerdings keine volle Transparenz herstellte. So bleibt offen, in welchem Ausmass die fünf Aargauer Standorte Baden, Birr, Dättwil, Turgi und Oberentfelden vom Abbau tangiert werden. Sämtliche Mitarbeitenden werden bis zum 1. Juli 2016 benachrichtigt, wobei die Kündigungen im Lauf der kommenden eineinhalb Jahre ausgesprochen werden sollen. Laut GE-Manager Rechsteiner wurden im bestehenden Sozialplan verschiedene Punkte verbessert und es wurden zusätzliche Beschäf-



Es droht ein Verlust an Know-how. Im Werk Birr werden Rotoren für Turbinen montiert. Foto Keystone

tigte in den Plan aufgenommen. Konkreter wurde er nicht, wies aber darauf hin, dass alle Mitarbeitenden Zugang zu den Regelungen hätten.

An den Rahmenbedingungen, die zum Restrukturierungsprogramm führten, hat sich laut GE nichts geändert. Ein Sprecher nannte summarisch den gesunkenen Energieverbrauch in Europa, den erhöhten Druck auf potenzielle Kunden, den intensiven Konkurrenzkampf sowie den Umstand, dass zunehmend Dampfturbinen aus Indien und China Anlagen aus europäischer Fertigung konkurrieren.

Dass die Zahl der Entlassungen um 400 auf 900 Personen verringert wird, ist an sich die erhoffte «Good News». Aber sie steht nur für einen Teil der Wahrheit. Ende August 2015, so hiess es gestern, zählte Alstom Schweiz rund 5500 Personen, Lernende mitgezählt. Ende Mai 2016 waren es nur mehr 5100 Personen. In der Zwischenzeit dürfte

eine tiefe dreistellige Zahl von Angestellten das Unternehmen verlassen haben. Die GE-Vertreter wollten sich gestern ausdrücklich nicht darauf festlegen, wie gross die «Manpower» nach Abschluss der Restrukturierung noch sein werde. Die neu versprochenen Jobs wurden grob mit der fortschreitenden Digitalisierung der Industrie und mit entsprechenden künftigen Investitionsplänen in Verbindung gebracht.

Abbau «viel zu hoch»

Die Regierung des Standortkantons Aargau formulierte ihre Erwartung deutlich. Er erwarte, dass sich die Zahl der vom Abbau betroffenen Mitarbeitenden «nochmals signifikant» reduzieren lasse, neben dem geplanten Stellenaufbau auch durch interne Stellenangebote. Dass 900 Mitarbeitende ihre Stelle verlieren sollen, sei zu bedauern. Die Schweizer Personalvertretungen sehen ihre Ziel als «noch nicht erfüllt».

Es müssten weniger als 650 Personen von einem Abbau betroffen sein. Weitere Forderungen und Anträge seien offen; das Ziel bleibe, niemanden arbeitslos werden zu lassen. Der Verband Angestellte Schweiz erachtet die Zahl von 900 Stellen als «viel zu hoch». Er schätzt die Chancen, dass GE das ehemalige Turbinengeschäft von Alstom mit den geplanten Anpassungen im Produktportfolio wieder auf Erfolgskurs bringe, «als sehr gut» ein. Vor diesem Hintergrund wäre eine aggressive Kündigungspolitik und der damit einhergehende Verlust an Fachwissen fatal. Die Unia kommentiert, dass über 1100 Stellen verloren gingen, sei ein schwerer Schlag für den Aargau und für den Werkplatz Schweiz. Die Syna meint, mit dem Vollzug des «Kahlschlags» werde nicht nachhaltige Unternehmenspolitik betrieben. Etliche Jobverluste resultierten nicht aus Synergieeffekten, sondern aus kurzfristigem Profitstreben.

EBM zahlt 7000 Franken pro Kunde

Übernahme der Alpiq Versorgungs AG wird zum Kraftakt und birgt Risiken für die Genossenschaft

Von Kurt Tschan

Münchenstein/Olten. In den nächsten fünf Jahren dürfte sich die Elektra Birseck Münchenstein mit dem Erwerb eines 67-Prozent-Anteils an der Alpiq Versorgungs AG (Avag) in sicheren Gewässern bewegen. Danach dürften die Verhältnisse turbulenter werden. Mit der geplanten vollständigen Liberalisierung des Strommarktes wird dann nämlich der Kampf um den privaten Stromkunden lanciert. Bis jetzt können erst Grosskunden zwischen dem günstigsten Anbieter auswählen.

Es bleibt deshalb offen, ob die 30 000 Neukunden der EBM in den 18 Gemeinden zwischen Schönenwerd und Wiedlisbach ihr Geld wert sind. Knapp 7000 Franken für jeden von ihnen blättert die EBM auf den Tisch, um sie in Zukunft mit Energie versorgen zu können. Auf der Basis dieses Preises würde die EBM selbst mit ihren 134 100 Kunden (Stand Ende 2015) ihren aktuellen Marktpreis auf die respektable Summe von 938,7 Millionen Franken veranschlagen.

Keine Auswirkungen auf Bonität

Dass die Expansion ins Mittelland zu so hohen Kosten gewagt ist, bestätigte gestern auch die Zürcher Kantonalbank (ZKB). «Der tatsächlich gelöste Preis übersteigt unsere Erwartungen noch einmal deutlich und zeigt exemplarisch die Jagd nach Assets mit zumindest teilweise regulierten

Returns», heisst es in einem Analysten-Kommentar. Solche Kapitalanlagen seien sowohl für die beiden industriellen Partner, die aus dem Betrieb der Netze zusätzliche Synergien nutzen könnten, als auch für den Finanzinvestor UBS-CEIS scheinbar auch bei diesem hohen Preis noch attraktiv. Lange Zeit ist man davon ausgegangen, dass Alpiq durch den Verkauf höchstens 250 Millionen Franken einnehmen würde.

Von den 312 Millionen Franken, die es schliesslich geworden sind, hat die EBM für ihre Zweidrittelmehrheit 209 Millionen hinzublättern, die UBS Clean Energy Infrastructure Switzerland lässt sich ihren Anteil von 28 Prozent 87,4 Millionen kosten, die Städtischen Betriebe Olten bezahlen für fünf Prozent der Avag verbleiben bei den 14 Konzessionsgemeinden.

Die EBM erwirbt ihre Mehrheitsbeteiligung über ihre Tochtergesellschaft EBM Netz AG, wie Alpiq schreibt. Diese ist eine von insgesamt vier Netzgesellschaften der Münchensteiner. Sie befindet sich vollständig in ihrem Besitz. Im Geschäftsbericht für das vergangene Jahr wies sie bei Eigenmitteln von 210,2 Millionen Franken ein Fremdkapital von 159,1 Millionen Franken auf. Die Erlöse erreichten knapp 127,3 Millionen Franken, der Ebit lag bei 16,9 Millionen. Bei einem Gesamt-Ebit der Gruppe von 21 Millionen bildet damit das Netzgeschäft die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle der EBM.

«Die Beteiligung an der Avag entspricht genau unserer Strategie», sagte gestern EBM-CEO Conrad Ammann der BaZ. Die Zustimmung der Delegiertenversammlung sei dafür nicht nötig. Die Entscheidung obliege dem Verwaltungsrat. In finanzieller Hinsicht lasse sich die Übernahme «aus eigenen Mitteln und bestehenden Kreditlinien finanzieren», sagte Ammann weiter. «Diese Akquisition wird keine negativen Folgen für die Bonität und Verschuldungsfähigkeit der EBM haben», zeigte er sich überzeugt.

Mittelfristiger Stellenabbau

Den Vorwurf, die EBM habe zu viel bezahlt, wies er zurück. Der Preis sei das Ergebnis von Verhandlungen, sagte er. Dass der regionale Energieversorger mit Genossenschaftswurzeln zunehmend zum nationalen Player aufsteige, sei nicht statutenwidrig. Schliesslich sei die EBM seit über 100 Jahren international aufgestellt und betreibe Netze und eine Stromversorgung im Elsass. Hinzu käme ein schweizweit betriebenes Wärmegeschäft.

Ammann bestritt, dass die Konsumenten den Zukauf mit höheren Strompreisen zu berappen hätten. «Letztlich profitieren alle Kunden von zusätzlichen Dienstleistungen, aber auch von Kostenvorteilen als Folge von Skaleneffekten», hielt er fest. Diese ortet er beispielsweise bei der Netzleitstelle, bei den IT-Systemen oder wenn es darum gehe, für einzelne Aufgaben Spezialis-

ten einzustellen. Solche Effizienzgewinne seien in einem liberalisierten Umfeld mit steigenden Anforderungen auch für die Marktfähigkeit der EBM wichtig, hielt er fest.

Zu den operativen und ertragsmässigen Erwartungen an Avag hielt er sich bedeckt. «Hierzu nehmen wir keine Stellung», sagte er. Eine Schliessung von Standorten sei nicht geplant. Mittelfristig seien «hingegen Auswirkungen hinsichtlich der Ausgestaltung einzelner Arbeitsplätze möglich». So sollen «gewisse Tätigkeiten an den Standorten Olten und Münchenstein zugunsten der Kunden optimiert werden». Bei einzelnen Arbeitsplätzen könne es zudem zu Verschiebungen kommen.

In ihrem Bemühen, die Verschuldung in den Griff zu bekommen, herrscht bei Alpiq gegenwärtig Ausverkaufsstimmung. So sollen 49 Prozent des Wasserkraft-Portfolios in den nächsten Monaten veräussert werden. Bereits Ende April hatte der Konzern seine 38,7-Prozent-Beteiligung am Solothurner Energieversorger AEK Energie an die Bernischen Kraftwerke verkauft. Anders als im Fall von Avag wurde über den Verkaufspreis Stillschweigen vereinbart. Allerdings kann man davon ausgehen, dass die Alpiq ihre AEK-Beteiligung nicht günstiger veräussert hat als jene der Avag an EBM. Auf dieser Basis würden sich Einnahmen von rund 108 Millionen Franken für den in der Krise steckenden Energieversorger ergeben.

Ein Hauen und Stechen in der EU ums Geld

Streit um Haushaltsvorgaben für Frankreich spitzt sich zu

Von Detlef Fechtner, Brüssel

Der EU-Stabilitätspakt erhitzt einmal mehr die Gemüter in der Eurozone. Es ist zwar nichts Neues, dass über das Regelwerk, mit dem sich die Mitglieder der Währungsunion gegenseitig zu solidem Haushalten verpflichten, gezankt wird. Doch dieses Mal gerät die Angelegenheit regelrecht zur Posse. Ausgangspunkt der jüngsten Streitigkeiten sind Ausserungen von EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker. Der antwortete jüngst auf die Frage, warum Brüssel mit dem Dauer-Defizit-Sünder Frankreich Nachsicht übe, in dem ihm eigenen launigen Ton: «Weil es Frankreich ist.»

Es ist nicht das erste Mal, dass Juncker mit einem flapsigen Satz eine Welle der Entrüstung auslöst. Mitten in der Finanzkrise etwa hatte er für Aufregung gesorgt, als er erklärte: «Wenn es ernst wird, musst du lügen.» Damals wie heute luden Junckers Zitate zu unbeabsichtigten Schlussfolgerungen ein. So musste sich Juncker nun gegen den Vorwurf verteidigen, er halte es für richtig, die grossen EU-Mitglieder bei der Haushaltskontrolle schonender zu behandeln als die kleinen. Eine Anschuldigung, die den ehemaligen Premier Luxemburgs treffen dürfte.

Zu den härtesten öffentlichen Kritikern zählt diesmal der Chef der Eurogruppe, Jeroen Dijsselbloem. Der Niederländer watschte Junckers leichtfertige Reden ab: «Wenn der Kommissionspräsident sagt, die Dinge gelten für Frankreich anders, dann beschädigt das wirklich die Glaubwürdigkeit der EU-Kommission als Hüterin des Pakts.»

Aus Rücksicht auf die Wahlen

Seither gibt es Aufruhr. Die EU-Kommission beteuert seit Tagen, Junckers Zitat sei irreführend interpretiert worden. Das freilich ist aber allenfalls die halbe Wahrheit. Denn das Vertrauen in die EU-Kommission als Hüterin des Stabilitätspakts ist schon lange angeschlagen – und wurde jüngst noch einmal beschädigt. Aus Rücksicht auf die spanischen Wahlen hat die EU-Kommission nämlich die eigentlich fällige Entscheidung über die Verhängung von Sanktionen gegen Spanien und Portugal in den Juli verschoben.

Dijsselbloem hat erklärt, er könne als niederländischer Finanzminister von seinem Parlament schwer verlangen, den Pakt ernst zu nehmen, wenn dies andere nicht täten. «Das ist die Gefahr, in der wir uns befinden.» Mit dieser Aussage ist der Eurogruppenchef nun selbst zur Zielscheibe von Angriffen geworden. Die sozialdemokratische Fraktion im EU-Parlament keilt nun gegen ihn: «Dijsselbloems Aussagen sind falsch», empört sich Fraktionschef Gianni Pittella – und droht damit, ihn umgehend ins EU-Parlament einzubestellen. Pikant daran: Jeroen Dijsselbloem ist ebenfalls Sozialdemokrat.

ANZEIGE

ZENO-WATCH BASEL
Unabhängige Uhrenfabrikation Seit 1922

Au Bijou
UHREN-BIJOUTERIE BASEL
www.aubijoubasel.ch